



SP Frauen Schweiz

Julia Gerber Rüegg
Co-Präsidentin
Am Zopfbach 21
8804 Au-Wädenswil

info@juliagerber.ch

www.juliagerber.ch

Medienkonferenz vom 26. August 2011

Jetzt erst recht!

Von Julia Gerber Rüegg, Co-Präsidentin der SP Frauen Schweiz

In der Industrie verdienen Frauen 27 Prozent weniger als ihre Kollegen. In den Teppichetagen dürfte der Unterschied noch krasser ausfallen, so es denn dort überhaupt Frauen gibt. Der Grundsatz „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort“ wird auch nach 30 Jahren Lohngleichheitsartikel noch immer in der ganzen Schweiz verletzt. Die Lohngleichheit von Frau und Mann ist aber der Hebel schlechthin für die Gleichstellung Geschlechter in Gesellschaft und Beruf.

Lohndiskriminierung verschwindet nicht von selbst

Am 14. Juni forderten die Frauen in der Schweiz die Lohngleichheit einmal mehr lautstark ein und hinterlegten in den Parlamenten Vorstösse, welche Lohntransparenz und die Überprüfung der Lohngleichheit in den Unternehmen verlangen. Denn soviel ist in den letzten Jahrzehnten klar geworden: Lohndiskriminierung verschwindet nicht von selbst.

Währungskrise betrifft Frauen stärker als Männer

Seither hat sich die Wirtschaftslage verändert: Der Franken ist allein in den letzten Monaten gegenüber Euro und Dollar um über 20 Prozent stärker geworden. Den Preis bezahlen die Exportwirtschaft, die Tourismusbranche und die Arbeitnehmenden in den entsprechenden Sektoren. Gleichzeitig werden die Währungsgewinne auf Importgüter, die für dieses Jahr auf 20 Milliarden geschätzt werden, den KonsumentInnen und den belieferten Betrieben nicht weiter gegeben. Den fetten Gewinn, hinter dem im Übrigen keine Wertschöpfung steht, stecken sich die verschiedenen Lieferantinnen, Importeure und Spekulierende lieber selber ein. Sie schneiden sich damit ins eigene Fleisch, weil die hohen Preise bei gleich bleibenden Löhnen die Nachfrage schwächen. Weniger einkaufen werden vor allem die Frauen, deren Lohntüten systematisch nur zu Dreivierteln gefüllt sind.

Lohngleichheit ja, jetzt erst recht!

Statt endlich ihrer Pflicht nachzukommen und die Lohngleichheit zu gewährleisten, verlangen Wirtschaftsvertreter massive Deregulierungen und Steuersenkungen für Unternehmen. Beides wirft die Gleichstellung zurück. Gleichzeitig will der Bundesrat die Wirtschaft mit zwei Milliarden aus dem Volksvermögen unterstützen, ohne diese Hilfe mit der Durchsetzung der Lohngleichheit zu verknüpfen.

Es besteht gerade jetzt die akute Gefahr, dass die Lohnfrage und speziell die Lohngleichheit ausser Acht gelassen werden und nicht im Massnahmenpaket zur Stabilisierung des Wirtschaftsstandortes enthalten sind. Dieses Muster – Gleichstellung ja, aber nicht jetzt – kennen wir Frauen schon seit 30 Jahren. Einmal mehr droht die Lohngleichheit unter die Räder zu kommen. Sie wäre aber eines der Elemente, die Nachfrage zu stärken. Denn nur wer eine volle Lohntüte hat, kann auch für Umsatz sorgen.

Effort zur Durchsetzung

Welche Massnahmen die Politik im Rahmen der Währungskrise und der Stärkung der Schweizer Wirtschaft auch trifft: Die SP Frauen Schweiz fordern, dass sie alle auf ihre Auswirkungen auf die Geschlechter geprüft werden. Prüfen allein macht aber noch lange keine Lohngleichheit. Wir verlangen auch, dass unsere längst deponierten Vorschläge für die Durchsetzung der Lohngleichheit subito aus den Schubladen der Verwaltungen gekramt und angepackt werden:

- Konsequente Überprüfung der Wirtschaftsförderung auf die Lohngleichheit
- Vergrösserung des Frauenanteils in Führungsfunktionen in der Wirtschaft
- Einsetzen einer Behörde, die Klagerecht hat und die gesetzlich vorgeschriebenen Lohngleichheit durchsetzen kann
- Verpflichtung zur Offenlegung der betriebsinternen Lohnstruktur
- Ausdehnung der Lohnkontrollen im Rahmen der flankierenden Massnahmen auf die Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern

Einführung einer Transaktionssteuer

Wenn wir nicht rasch grundlegende Massnahmen gegen die Spekulation ergreifen, ist zu erwarten, dass sich Krisen und Erholung der Wirtschaft in den kommenden Jahren mit immer gleichen VerliererInnen und immer gleichen Profiteuren in immer kürzerem Rhythmus folgen werden. Wenn wir tatenlos zusehen, wird die Umverteilung von unten nach oben und von Frauen zu Männern weiter stetig zunehmen. Das ist nicht im Interesse der Volkswirtschaft und des sozialen Friedens. Es braucht Massnahmen gegen die Spekulation. Sie müssen auf internationaler Ebene angesiedelt werden, wenn sie Wirkung zeigen sollen. Die SP Frauen Schweiz werden sich daher in internationaler Zusammenarbeit für die Einführung einer Transaktionssteuer einsetzen.